

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim
25 &, auswärtiger Preis 30 &. Reklamezeile 90 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 106.

Donnerstag den 9. September 1920.

20. Jahrgang.

Die Reichsiedlung.

Von Oberlandmesser Wegener, Büllichau-Schlebus.

Das R.-S.-G. ist ein ausgesprochenes Agrargesetz und beschäftigt sich demzufolge mit der Siedlung auf dem Lande, keineswegs jedoch mit der städtischen Siedlung.

Das Gesetz unterscheidet Neusiedlung und Anliegersiedlung. Es regelt auch die Landbeschaffung. Für letztere gibt es drei Wege: Freiwillige Abgabe, Vorkaufsrecht, Enteignung.

Abgabepflichtig ist der Landlieferungsverband, der als Mitglieder alle Großgrundbesitzer umfaßt. Als Großgrundbesitz zählt ein Besitz von 100 Hektar Kulturland aufwärts. Dieser Landlieferungsverband (provinziell abgegrenzt) hat das Vorkaufsrecht auf alle über 100 Hektar großen Güter und auch das Enteignungsrecht, wenn nicht durch freiwillige Landabgabe das für das Siedlungsbedürfnis notwendige Land bereitgestellt wird.

Heute steht im Vordergrund die Ansiedlersiedlung, die nach den Ausführungsbestimmungen zum R.-S.-G. die Siedlung von „bestehenden landwirtschaftlichen Kleinbetrieben“ bis höchstens zur selbständigen Aderernährung bezweckt, d. h. der Landsuchende muß bei diesem Verfahren schon „in den landwirtschaftlichen Betrieb“ beitreten. Sie liegt wohl mit Recht größtenteils in den Händen der Kreisiedlungsgesellschaften. Es sollen jedoch nicht alle bestehenden Kleinbetriebe bis zur selbständigen Aderernährung gehoben werden. Ebenfalls sollen die Handwerker auf dem Lande durch Vergrößerung ihres Betriebes ihren Beruf entzogen werden, denn diese sind ebenso notwendig wie die selbständigen Landstellen. Im Gegenteil ist darauf zu halten, daß eine gesunde Mischung zwischen Klein-, Mittel- und Großbesitz und die notwendigen Handwerker- und Arbeiterstellen bestehen bleiben, jedoch auch die Gelegenheit des sozialen Aufstieges erhalten bleibt.

Auf der zu vergrößernden Stelle sollen vor allem die notwendigen Wirtschaftsgebäude, Inventar und Arbeitskräfte in der Familie vorhanden sein, die auch der Vergrößerung genügen. Ueberhaupt soll weniger auf die wechselnden Wünsche der Stelleninhaber als auf die Bedürfnisse der Stelle selbst Rücksicht genommen werden.

Wünsche eines Besitzers einer an sich lebensfähigen Stelle auf Land zur Verbesserung der Stelle sind nicht zu berücksichtigen.

Ebenso finden Wünsche auf Rückkauf seinerzeit an den Gutsherrn verkauften Gütern keinerlei Berücksichtigung, da sie nicht im R.-S.-G. begründet sind. Vor allem darf der landgebende Grundbesitz nicht zerstückelt oder unwirtschaftlich gestaltet werden; das liegt im Interesse der Volksernährung. Ferner muß der Stelleninhaber das für den Erwerb notwendige Kapital besitzen oder sich beschaffen können. Eine Unterstützung durch staatliche Mittel oder selbst Rentenbankkredit ist ausgeschlossen.

Jedoch dürfen wohl die Kreisiedlungsgesellschaften in besonderen Fällen hier einspringen; deshalb verdienen diese jede Unterstützung seitens der größeren Besitzer, Banken, Spar- und Darlehnskassen durch Beteiligung am Stammkapital. Leider wird die gegenseitige Erfahrung gemacht, daß die in Frage kommenden vielfach glauben, sie hätten durch Unterstützung der Kreisiedlungsgesellschaften sowohl wie durch Förderung der Ziele des R.-S.-G. den Akt ab, auf dem sie sitzen; eine vollständige und kurzfristige Verknüpfung der Verhältnisse, zumal die Kreisiedlungsgesellschaften eine ihrer Hauptaufgaben in der Ausgleitung zwischen den Wünschen der Landfordernden und Landabgebenden sehen. Sie könnten noch vielmehr hierin erreichen, wenn sie mehr die notwendige Unterstützung fänden. Vielfach glauben auch die Landfordernden, sich die Lage des Landes sowohl auszuweichen, wie auch die Zulage von Wald fordern zu können. Beides ist irrig. Es ist dem Gutsherrn freigegeben, welchen Plan er zur Verfügung stellen will (natürlich darf es nicht ertraglos oder nahezu ertraglos sein); Wald fällt überhaupt nicht unter die Landabgabe.

In den weitaus größten Fällen lassen sich die Großgrundbesitzer bereit finden, das Land freiwillig zur Verfügung zu stellen. Wo dies nicht der Fall ist, und das dringende Bedürfnis auf Vergrößerung von Kleinbetrieben vorliegt, kann das gemeinnützige Siedlungsunternehmen (Kreisiedlungsgesellschaft, Kulturanstalt) die Enteignung beim ständigen Ausschuss des zuständigen Landlieferungsverbandes beantragen und diesem Antrag wird wohl auch immer Folge gegeben werden. Vorzuziehen ist aber in jedem Falle die gütliche Vereinbarung. Die Enteignung darf nur in zwingenden Fällen und als letztes Mittel in Frage kommen.

Die gebräuchlichsten Formen der Landzuteilung bei der Anliegersiedlung sind Kauf, Pacht mit Kaufanwartschaft (d. h. das Recht auf Kauf nach einer im Pachtvertrag festgesetzten Zahl von Jahren), Pacht. Das zum Kauf oder zur Pacht mit Kaufanwartschaft der Siedlungsgesellschaft zur Verfügung gestellte Land wird bei der Landabgabe angeeignet, das lediglich verpachtete Land nicht. Die reale Pachtzuteilung kommt hauptsächlich dann in Frage, wenn es sich um Landsuchende handelt, deren Hauptberuf eigentlich nicht die Landwirtschaft ist, die aber wegen Mangel an Arbeit infolge

der Zeitungs- und vorübergehend vergrößern wollen; denn diese werden, wenn die Arbeitsverhältnisse sich bessern, wieder ihrem Beruf nachgehen.

Zum Schluß sei sowohl der Landsuchenden wie den um Landabgabe Angegangenen empfohlen, sich immer mit ihrer Kreisiedlungsgesellschaft in Verbindung zu setzen und zwar die ersteren durch ihren Gemeindevorsteher, der die Vordräge sammelt und dem Kreisiedlungsamt oder der Kreisiedlungsgesellschaft weitergibt, da die Landzuteilung für die Gemeinde einheitlich und abschließend „erzählt werden“ soll.

Die Eisenbahnkontrolle.

Kontrollen-Einstellungen in Erfurt.

Die Regierung bleibt fest. Sie läßt bekannt machen:

„Am 3. September haben Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erfurt einen mit Munition beladenen Wagen aus einem vorfristig angemeldeten Entente nachschubzug abgehängt, obwohl auch dieser Wagen ordnungsgemäß kennlich gemacht war. In Verhandlungen mit den Arbeitern erreichte die Eisenbahndirektion die Zufriedenheit, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiterreisen sollte. Trotzdem haben am 4. September Eisenbahnarbeiter verschiedener Dienststellen den Wagen entladen und die Munition auf freiem Felde verbrannt. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernichtung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur geistlichen Verfolgung anzuzeigen und für den der Eisenbahnverwaltung etwa entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt, an der Tat nicht beteiligt.“

Die Erfurter Ausschreitungen.

Die teilweise Zerstörung eines Polonia-Transportes durch Eisenbahnarbeiter in Erfurt, über die wir berichteten, wird von beiden sozialistischen Parteien mit entsprechender Abschwärtzung getadelt und preisgegeben. Der „Vorwärts“ spricht von einem „kommunistischen Streik“ und sagt:

„Die Arbeiter in Erfurt, die fast ganz unter unabhängigen und kommunistischen Einflüssen stehen und trotz der Verhandlungen ihrer Kommissionen aus eigenem heraus zu der wilden Maßregel griffen, sind augenscheinlich das Opfer kommunistischer Forderungen geworden, von denen einer erst kürzlich in einer unabhängigen Versammlung zu Erfurt erklärte, man müsse es zum Krieg mit der Entente treiben. Wir nehmen noch immer an, daß ein Teil der beteiligten Arbeiter sich der Tragweite ihrer Handlungswelt nicht bewußt geworden ist, daß aber sicher die Anführer ganz offen mit der Möglichkeit rechnen, daß aus solchen eigenmächtigen Handlungen der Konflikt mit der Entente entstehen und so Deutschland in den Krieg an der Seite Sowjetrußlands gerissen werden würde. Diese Elemente spielen mit dem Feuer, und es ist nur zu begreiflich, wenn sich gegen solche unverantwortlichen Kräfte die Entrüstung des ganzen deutschen Volkes wendet.“

Streik oder nicht?

Aus dieser Stellungnahme der Regierung hat sich natürlich eine höchst bedenkliche Lage entwickelt. Auf beiden Seiten Siedliche:

Die Montagabend im Gewerkschaftshaus tagenden Betriebsräte haben über ihre Beschlüsse vollkommenes Schweigen zu bewahren verstanden. In der Versammlung selbst soll es äußerst stürmisch hergegangen sein. Selbst die Funktionäre des sozialdemokratischen Deutschen Eisenbahner-Verbandes sind nicht vollständig mit der Haltung der Gewerkschaftsleitung zufrieden. Ein Teil von ihnen brachte diese Unzufriedenheit auch klar zum Ausdruck. Infolgedessen zog sich die Beschlussfassung bis zum späten Abend hin.

Im Reichsverkehrsministerium, wo man nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Transportpflicht der Eisenbahnen unter allen Umständen gewahrt werden müsse, steht man der Entwicklung der Dinge ruhig entgegen. Die Haltung des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes hat sich bis zur Stunde nicht geändert. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten steht ebenfalls auf dem Standpunkt der Reichsregierung. Beamte und der A. E. V. wollen unter allen Umständen einen eventuellen Streik, der vom D. E. V. proklamiert werden sollte, zu verhindern suchen. Ebenso stehen auch die Fachgewerkschaften, technische, mittlere und untere Beamte einem Streik unheimlich gegenüber. Der Streik der Betriebsräte würde von vornherein nur ein Teilstreik sein können, der für die Betriebslage auf den Eisenbahnen vollständig bedeutungslos bleiben würde. Im Falle eines Streiks ist das Reichsverkehrsministerium „entschlossen, mit allen Mitteln gegen die Streikenden vorzugehen“.

Vor neuen Kämpfen?

Kein polnischer Heeresbericht.

— Warschau, 7. Septbr. Aus besonderen Gründen ist am Montag ein amtlicher Heeresbericht nicht veröffentlicht worden.

Ueber die Gründe, warum die Polen keinen Heeresbericht ausgeben, scheinen die bolschewistischen Schlag-

tenberichte einige Auskunft zu geben. Die

Polen hatten schlechte Tage.

Ein Moskauer Funkpruch vom 4. ds. Mts. meldet: An der Westfront bei Brest-Litowsk dauern die Kämpfe an. In der Gegend von Wladimir Wolynsk haben unsere Truppen nördlich von Grubosow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehrere tausend Gefangene gemacht. Sie vernichteten das zweite polnische Infanterie-Regiment.

An der Südwestfront brachten unsere Angriffe einen feindlichen Vorstoß zum Scheitern. Der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Galiz verfolgten die roten Truppen den Feind gegen den Dnjestr.

Im Krim-Abchnitt heftige Kämpfe. 14 Werst südwestlich Alghzinsk wurde eine feindliche Landungsabteilung in das Meer zurückgeschlagen. Im Süden wurden isolierte feindliche Gruppen von uns vernichtet.

Auch litauische Vorkämpfe mit Erfolg gegen Polen und Russen.

Litauische Truppen, die von den Bolschewisten unterstützt wurden, setzten ihre Angriffe auf die polnischen Truppen fort und drangen vorwärts in der Richtung auf Suwalki-Augustowo. Durch einen plötzlichen Angriff bei Kamiecie-Witowsk zerstörten polnische Abteilungen eine Sowjet-Brigade, nahmen 700 Mann gefangen und eroberten drei Kanonen. An der Bugfront wurden neue russische Angriffe abgewiesen. Eine bolschewistische Abteilung wurde bei Wlodawa durch die freiwilligen Abteilungen des Generals Blachowicz in eine Falle gelockt. An der übrigen Front lokale Angriffe.

Neue Schlacht in Galizien.

Der „Matin“ meldet aus Warschau: An der galizisch-polnischen Grenze ist eine neue Schlacht im Gange. Die Russen haben Teile ihrer Front verstärkt und drei bis vier frische Divisionen in den Kampf geworfen. Sehr heftige Kämpfe sind um die Dnjestr-übergänge seit mehreren Tagen im Gange.

Der in Wlask zurückgebliebene Teil der polnischen Friedensdelegation ist am 5. September in Warschau eingetroffen.

Ein Aufstand gegen den Bolschewismus.

Nach in Wlask eingetroffenen Meldungen kam es an verschiedenen Punkten Sowjetrußlands zu blutigen Erhebungen gegen die gegenwärtige Regierung. Mißtrauen und Grausamkeit wurden in der Umgebung von Moskau solche Revolten unterdrückt. Eine militärische Meuterei brach aus unter den roten Truppen der Garnison von Jarizn im unteren Wolgagebiet. Die Bewegung war von langer Hand vorbereitet worden und blieb den bolschewistischen Spionen, die sonst sehr geschickt sind, verborgen. Deswegen gelang es den Aufständischen, die Revolte in allen ihren Einzelheiten vorzubereiten. Die Stadt Jarizn ist gegenwärtig von den ausländischen Truppen besetzt und die aufständischen Bauern schließen sich ihnen an. Moskau hat bereits Letten und Chinesen entsandt, um der Bewegung Herr zu werden.

Ein Hirtenbrief gegen den Bolschewismus.

Die sechs Bischöfe Belgiens, mit Kardinal Mercier an der Spitze, ließen in allen Kirchen Belgiens ein Schreiben verlesen, in dem sie vor dem grausamen und wilden Feind warnen, der Rußland mit Blut besiedelt und Polen überfallen habe. Weiter heißt es in dem Hirtenbriefe, daß die ganze Welt sich in dem Augenblick einmünde, in dem England, Amerika und Frankreich angeführt werden, sich an die Seite des tapferen belgischen Heeres zu stellen, um der ritterlichen Nation (Polen) zu helfen. Der sozialistische „Peuple“ wendet sich gegen diesen Hirtenbrief. Er behauptet, das sei ein Versuch, Belgien in den Krieg zu ziehen.

Revolution in Turkestan.

Der bolschewistische Außenminister Tschitscherin sagt in einem drahtlosen Telegramm aus Moskau, daß eine revolutionäre Bewegung in Buchara in Turkestan ausgebrochen sei. Die Bolschewisten haben die Regierung des Emir gestürzt. Der Widerstand der Regierung sei für immer gebrochen.

Deutscher Notschrei

in Oberhessen.

Die Fühne-Aktion

hat einen wenig aufregenden Verlauf genommen. Dr. Simons, beauftragt von Goeverning, hat erklärt: „Sie mißbilligt auf das Entschiedenste diese Vorkommnisse, die wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die Deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle...“, und der französische Vorkämpfer Laurent hat erklärt, er hoffe, „daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufbau und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.“

Die Gewalt aber dauern fort

und darum haben die Oberschlesier sich in einem erfreulich energischen Tone an den General De Wond gewandt. Sie sagen darin recht deutlich die Wahrheit. Sie schildern zünftig den Grad der Verheerung, weisen neuere Mordtaten nach und

Klagen die Franzosen an:

„Solange dieser Zustand dauert, hat kein französisches Gewehr auch nur einen Schuß auf die Rebellen abgegeben. Die französischen Soldaten haben mit polnischen Gewehrträgern Händedruck gewechselt, französische Offiziere haben neben polnischen Maschinengewehren gestanden, französische Waffen sind in Insurgentenhänden gewesen, die Bandenführer haben sich gebrühet, im Auftrage der Franzosen zu handeln, um auf dem Wege der „Ordnung“ zu schaffen, während die Franzosen es in der Stadt taten. Das ist auch die allgemeine Meinung bei Polen und Deutschen. In der Weltgeschichte ist kein Aufstand wie dieser bekannt, der ohne Zusammenstoß mit der Staatsgewalt, ohne Konflikt mit der bewaffneten Macht sich entwickelt, 18 Tage gedauert hätte.“

Wir dulden nicht

Die Verschlebung der klaren Grundlagen des Rechts. Den Schutz dieses Landes hat die hohe Kommission feierlichst übernommen und versprochen. Für die öffentliche Ordnung sind Sie, Herr Präsident und General, uns in der Welt verantwortlich. Darum fordern wir nochmals nachdrücklich die Sicherung des Lebens und Eigentums durch die bewaffnete Macht. Wir fordern, daß die Truppen, statt die ruhigen Städte zu füllen, mit Wachen das Land überziehen. Wir fordern, daß die frei umherlaufenden Bandenführer sofort festgesetzt werden.

Wir warnen die hohe Kommission.

Der Tatendurst der verbrecherischen Instinkte glimmt weiter. Die Anzeichen verdichten sich, daß in einigen Tagen, spätestens am 18. d. M., der Aufstand neu losbrechen soll. Wir fordern die militärische Befehlsgebung der Gruben. Eine andere Sicherung ist zurzeit nicht möglich.“

Zugleich ist eine neue Note

an den Präsidenten der Friedenskommission abgegeben, die dritte in den letzten Wochen, die unter Schilberung der fortgesetzten Gewalttaten dahin ausläuft:

„Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehren sich. Der deutschen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet wie im übrigen Reich hat sich infolgedessen steigende Erregung bemächtigt, die eine Atmosphäre der Verunsicherung und Arbeit nicht auskommen läßt, vielmehr zu gewalttätigen Gegenmaßnahmen aufreizt. Aus der Fülle der hier vorliegenden Meldungen sind einige besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, deren Ergänzung vorbehalten bleibt.“

Die deutsche Regierung ist es dem deutschen Volke schuldig, Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das Ihrige zu tun, damit Abhilfe eintritt. Nach den Abmachungen von Paris ist sie nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe in dem von der Interalliierten Kommission verwalteten Gebiete Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dies nicht geschehen. Würden aber die Erhebungen der Interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt wird.

Der erstrebte Zweck wird nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernimmt.

Die Deutsche Regierung beehrt sich daher, vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit der Feststellung des Sachverhalts zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinn und dem Wortlaut der Verträge entsprechende Abstimmung erfolgen kann.“

Die Zustände in Italien.

Arbeiter verwandeln Fabriken in Festungen.

Die Lage in der italienischen Umsturzbewegung ist unverändert. In Turin wurden an besonders gefährdeten Punkten der Stadt Truppen mit Maschinengewehren konzentriert.

Die Metallindustriellen Mailands sind nach Rom gereist, um an einer Zusammenkunft ihres Kartells teilzunehmen, von der man neue Beschlüsse über die Forderung der Industriellen erwartet. In ganz Ligurien ist die Befreiung der Metallwerkstätten ohne nennenswerte Zwischenfälle vollzogen worden.

Wie der „Secolo“ aus Rom meldet, ist die Regierung entschlossen, sich weiter „neutral“ zu verhalten.

In Rom hat die Bewegung bereits ihren Höhepunkt erreicht. Es werden weitere Fabriken besetzt. In Terni besetzten 2000 Arbeiter die bedeutendsten Stahlwerke der Stadt. Die besetzten Fabriken sind überall in Verteidigungszustand gesetzt und in wahre Festungswerke verwandelt. Die Eingänge sind durch elektrische Drähte, die durch Hochspannungsdrähte verbunden sind, gesichert, so daß die Polizei und das Militär nicht eindringen können. Auch Türen und Fenster sind durch Drähte gesperrt. Die Arbeiter sind zu 11 Stunden Dienst verpflichtet: 8 Stunden Arbeit und 3 Stunden Wache. Die Wachen sind mit Gewehren bewaffnet und tragen teilweise uniformähnliche Kleidung.

Die Truppe steht kampfbereit.

In den folgenden italienischen Städten existieren tatsächlich Sowjets: Turin, Alexandria, Mailand, Genua, Savona, Spezia, Livorno, Florenz, Rom und Neapel. Die Regierung versucht Blutvergießen zu vermeiden, die Spannung ist aber so groß, daß das Einreifen der Truppen jeden Moment erfolgen kann. Die Arbeiter sind bewaffnet und erklären, gutwillig die Fabriken auf keinen Fall zu räumen. Die Revo-

lutionäre drohen, den Kampf vom wirtschaftlichen zu einem politischen zu gestalten. Sie erklären, daß dieser Kampf nur die Einleitung zu größeren Kämpfen sei. In Turin haben die Arbeiter auf den zu den Fabriken führenden Straßen Barrikaden errichtet. Die Bewegung hat bereits auf die Handelsflotte übergegriffen.

Der radikale Abgeordnete Giuletti, der Präsident der Seemanns-Union, hat allen italienischen Schiffen im Hafen von Genua den Befehl gegeben, die rote Flagge zu hissen. Giuletti droht, den Seeleuten den Befehl zu erteilen, sich der ganzen Handelsflotte zu bemächtigen. Die Arbeiter haben in einzelnen Fabriken die Geldschränke beschlagnahmt, um die Löhne auszahlen zu können.

Der russische Krieg.

Odessa von Wrangel befreit.

Wie der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, haben die Truppen Wrangels den Dniepr überschritten und Odessa eingenommen.

Danach zu urteilen hat Wrangel jetzt Südrussland vom Kaspiischen Meere bis zur rumänischen Grenze fest in der Hand.

Wladimir Burzew, der russische Revolutionär von einst und jetzige Bekämpfer des Bolschewismus, ist in Berlin eingetroffen und begibt sich von hier über Paris nach Amerika, um dort in antibolschewistischen Kreisen zu wirken.

Amerikanische Milchkuhe.

Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Lieferung von 5000 Milchkuhen aus Amerika nach Deutschland wird dieser Tage — vielleicht — behördlich ermöglicht werden. Aus dem Reichs Ernährungsministerium wird mitgeteilt, daß vor kurzem abgehaltene eingehende Beratungen die Frage so weit geklärt haben, daß nur noch die letzte Entscheidung des Reichs Ernährungsministers Hermes aussteht. Sie sei im Laufe der Woche zu erwarten.

Deutsch-Amerikanische Farmer hatten vor Jahresfrist eine großzügige Hilfsaktion für das deutsche Volk eingeleitet. Sie hatten Milchkuhe gesammelt, die dem deutschen Volke geschenkt werden sollten. Man rechnete anfangs mit 20 000 Tieren. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß, wenn der Abtransport glatt von statten gegangen wäre, sich diese Zahl auf 100 000 hätte erhöhen lassen. Die Lieferung sollte ursprünglich nach dem Friedensschluß zwischen Deutschland und Amerika einleiten. Dieser verzögerte sich bekanntlich, und bis heute ist der Friedenszustand mit Amerika noch nicht eingetreten. Das war ein Hindernis, das sich der deutsch-amerikanischen Hilfsaktion entgegenstellte. Man mußte einen neuen Plan ausarbeiten. Doch als dieser so gut wie abgeschlossen war, entstand eine neue Schwierigkeit. Diesmal lag sie in Deutschland, und zwar beim Reichs Ernährungsministerium. Hier wurden verschiedene Einwände gemacht. Einer war, daß unsere Ernährungslage es nicht gestattete, Futter für die amerikanischen Milchkuhe bereit zu stellen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Nach dem Friedensvertrage haben wir 150 000 Milchkuhe abgegeben. Das Futter, das wir für sie hätten bereit stellen müssen, hätte sehr gut für die amerikanischen Milchkuhe verwendet werden können. Uebrigens werden die Amerikaner für die Kühe, die sie uns schenken wollen, durch Sammlungen das Kraftfutter selbst ausbringen.

Inzwischen ist ein Jahr verstrichen, seitdem die amerikanische Hilfsaktion eingeleitet wurde, und bis jetzt ist nicht eine Kuh in Deutschland eingetroffen. Die Organisationen, die beteiligt waren, vor allem das Rote Kreuz, arbeiteten seit Monaten darauf hin, daß von der deutschen Regierung geschehe, was geschehen kann, um die Milchkuhe nach Deutschland zu schaffen. Anfang August endlich wurde das Rote Kreuz, als es sich um die Frage des Frachtraumes handelte, gefragt, ob es den für die ersten 2500 Kühe benötigten Schiffsraum zur Verfügung stellen könne. Das Rote Kreuz konnte eine bejahende Antwort geben. Bis heute aber wurde von dem Anerbieten kein Gebrauch gemacht.

So stehen die Dinge bisher: hoffentlich gedeihen sie nun „im Laufe der Woche“ etwas weiter. Die Verwüstungen der Mäul- und Klauenseuche unter unseren Viehbeständen lassen eine baldige Entscheidung dringend geboten erscheinen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 7. September 1920.

— Die Abholung der Steuern wird in Berlin eingestellt, weil sie durch den Steuerabzug beim Lohn überflüssig wird.

— In Berlin sollen langfristige Erwerbslose, die in den letzten 6 Monaten mindestens 8 Wochen Erwerbslosen-Unterstützung bezogen haben, 100 Mark extra bekommen.

— Vorläufig keine Zwangsanleihe? Wie das „Leipziger Tageblatt“ erfahren haben will, wird die Einbringung einer Vorlage über die Zwangsanleihe vorläufig nicht erwogen. — Es ist bisher keine Entschliegung des Reichsfinanzministeriums gefaßt worden, eine Vorlage dem Kabinett zu unterbreiten, und infolgedessen liegt auch noch kein Beschluß des Kabinetts vor, eine solche Vorlage dem Reichstag vorzulegen.

— Gegen den Reichskartoffelhöchstpreis. Der Koburger Bauernverein, dem die meisten Landwirte des ehemalsigen Freistaates Koburg angehören, hat einen Kartoffelhöchstpreis von 25 Mark für den Zentner festgesetzt und lehnt den höheren Reichskartoffelpreis ab.

— Vorläufe auf die neue Befoldungsordnung. Obwohl Beratungen über die Revision der Befoldungsordnung noch nicht abgeschlossen sind, hat das Reichsfinanzministerium, wie eine Korrespondenz meldet, daß Vorläufe auf die aus der vorausgesetzlichen Höherstellung sich ergebenden Mehrbeträge im Bedarfsfalle gezahlt werden dürfen.

— Zum preussischen Volksschulgesetz. Der Ausschuß der Landesversammlung für das Volksschulrechtentwurfgesetz beriet über den § 49, der die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen regelt. In der Aussprache fand die Regierungsvorlage, nach der das Anstellungsrecht den Aufsichtsbehörden zufällt, fast allgemeine Ablehnung. — Die §§ 7—9 der Regierungsvorlage wurden angenommen. Dem § 10 ein Abstrich an-

gelegt, wonach von dem an den Schulverband zurückgezählten Anrechnungsbetrag der Dienstwohnung 25 Proz. zu einem Bau- und Reparaturfonds angesammelt werden sollen. § 11 (Hausgarten und Landnutzung) wurde mit einem Zusatz angenommen, daß die Abfindung der Landnutzung durch die Schulaufsichtsbehörde nur unter Zustimmung des Stelleninhabers erfolgen darf.

— Das Handwerk meldet sich. Die Arbeitsgemeinschaft des württembergischen Handwerks, der die Handwerkskammern, 40 Landesfachverbände und den Verband der Gewerbevereinigungen umfaßt, hat nach einem Vortrage des demokratischen Landtagsabgeordneten Henne Trübingen in einer Erklärung ihrem lebhaften Bestreben Ausdruck gegeben, daß das selbständige Handwerk in Württemberg bei der Verwaltung des Volksstaates bis heute völlig unberücksichtigt geblieben ist. Sowohl im Arbeitsministerium wie bei der wirtschaftlichen Vertretung Württembergs in Berlin verlangt das Handwerk die Einkürmung einer angemessenen Vertretung.

— Keine allgemeine Arbeitspflicht. Ein Berliner Blatt hat die Nachricht gebracht, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf zur Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht in die Arbeit im Reichsarchiv vorberate. Diese Nachricht ist, wie vom Reichsarbeitsministerium antwortet wird, nicht zutreffend. Im Reichsarbeitsministerium gehen seit langer Zeit immer wieder Anregungen und Vorschläge zur Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht ein und werden auf ihre Bedeutung und praktische Durchführbarkeit geprüft. Diese Prüfung hat aber bisher weder zu bestimmten Entschliegungen der Reichsregierung, noch zur Aufstellung eines Gesetzentwurfes geführt.

— Ministerpräsident v. Kahr für die Einwohnerwehren. Die Einwohnerwehr des Chiemgautals, die Elitegruppe der bayerischen Einwohnerwehren, hat am letzten Sonntag ein Bau-Fest in Rosenheim bei München veranstaltet. Ministerpräsident v. Kahr, der Münchener Polizeipräsident Dr. Böner und der vormalige Reichspräsident Dr. Epp sowie der Landeshauptmann Dr. Fischer nahmen als Gäste daran teil. Ministerpräsident v. Kahr hielt dabei eine Ansprache, worin er sagte:

„Es wird mir unergötzlich sein, wie man mir in den vergangenen kritischen Tagen in später Nachtstunden die Volkshilfe brachte, die Einwohnerwehr des Chiemgautals sei bereit, auf meinen Ruf für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ich danke Sie nur zu sehr. Darum heißt es heute: Ich danke Sie nur zu sehr. Diese Treue soll so fest und unerschütterlich gegründet sein, wie dort drüben die Berge unserer Heimat. Dieses Treuegebotnis wollen wir ausdrücken, indem wir rufen und wünschen, unsere Chiemgautaler, unsere Einwohnerwehren sollen blühen und gedeihen, was auch kommen mag.“

In der Münchener Munitionsanstalt Schleifheim bei München sind drei Munitionshäuser erbaut worden. Vorläufig ist der Abgang von etwa 10 000 Pistolenpatronen, 19 000 Patronen für Maschinengewehre und 17 000 Patronen für Infanteriegewehre sowie Leuchtkugeln festzustellen. Es werden sich bei näherer Untersuchung noch weitere Abgänge ergeben.

Lozales und Provinzielles.

• Weissenheim, 9. Sept. Die nächste Mütterberatungsstunde in Weissenheim findet am Mittwoch den 15. d. Mts. um 3 Uhr nachmittags in der Kleinkinderschule statt.

• Weissenheim, 9. Sept. Das Verordnungsamt Wiesbaden bittet uns auf die vielen Anfragen hin, nachstehende Notiz aufzunehmen: Beim Verordnungsamt ist mit dem 4. September die Ausgabe von Entlassungsbüchern eingestellt worden, da alle Anträge auf Entlassungsbücher, welche bis zum Schlusstermin (28. 12. 19.) gestellt waren, erledigt sind. Für nach dem 28. 12. 19. eingegangene Anträge auf Entlassungsbücher dürfen Ausnahmen mit Rücksicht darauf nicht gemacht werden, daß der Schlusstermin zur Genüge in allen Tageszeitungen bekannt gegeben worden ist. Es hat also keinen Zweck mehr beim Verordnungsamt wegen eines Entlassungsbüches jetzt noch vorstellig zu werden. Anträge können weder berücksichtigt, noch wegen der Ueberlastung des Verordnungsamtes beantwortet werden.

• Weissenheim, 9. Sept. Der Ortsgruppe Weissenheim-Johannisberg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer ist es nunmehr gelungen, ihren aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Mitgliedern das erhöhte Verpflegungsgeld zu verschaffen. Vom Verordnungsamt ging dem Vorstände folgendes Schreiben zu: Anliegende 20 Entlassungsscheine zurückgesandt mit der Bitte, dieselben an die Eigentümer auszuhändigen zu wollen. Der zuständige Geldbetrag für Weissenheim je M. 128,70, für Winkel und Johannisberg je M. 12,80 ist an die Empfangsberechtigten heute durch Postanweisung unmittelbar überandt. Gleichzeitig macht das Verordnungsamt darauf aufmerksam, daß das erhöhte Verpflegungsgeld auch für solche Heimkehrer zuständig ist, die zwar vor dem 1. 1. 20 aus dem Durchgangslager entlassen sind, deren 60tägiger Urlaub aber über den 1. 1. 20 hinaus läuft, für jeden über diesen Zeitpunkt beurlaubten Tag.

• Die Erwerbslosenunterstützung steuerfrei. Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium festgestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung zu den steuerfreien Beträgen zu rechnen ist. Ferner hat die Reichsregierung beschlossen, die Unterstützung, die die Gewerkschaften zahlen, nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen.

• Fabrikarbeiterinnen als Hausangestellte? Wegen der steigenden Unkosten der Erwerbslosen ist man bemüht, besonders die weiblichen Erwerbslosen die Hausarbeit zuzuführen. Das Reichsarbeitsministerium schlägt vor, eine besondere Berufsvorbereitung für Hausangestellte zu schaffen, deren Kosten von der produktiven Erwerbslosenfürsorge bestritten werden sollen. Wenn dann eine Erwerbslose sich weigert, ihr angebotene Hausarbeit anzunehmen, so muß die Unterstützung versagt werden. Die Gemeinden sind jetzt erneut aufgefordert worden, diese dringenden Vorstöße zu beachten. — Dieses Experiment wird bis auf einige Fälle daneben geraten. Zunächst sagt selbst das „B. L.“: „Die Haushalte werden von den zuweisenden Gemeinden gewisse Bürgschaften verlangen müssen, um vor heimlichen Ueberraschungen gesichert zu sein.“

Erhöhung der Brottration. Im Reichsernährungsamt beginnen am 1. Oktober die Beratungen über die Möglichkeit der Erhöhung der Brottration. Es sollen auch neue Vorschriften über die Ausmahlung des Getreides ergehen, die eine bessere Qualität des Brotes gestatten. — Zur Streckung des Brotmehls wird in nächster Zeit wahrscheinlich zumeist Gerstemehl verwendet werden, da Maismehl nur noch in geringen Mengen vorhanden ist. Eine Heraushebung der Brottration erscheint gesichert, da die Reichsgetreidekasse erklärt, daß genügende Vorräte angehäuft sind, um eine Heraushebung ohne Risiko durchzuführen zu können.

Minfel, 8. Sept. Eine Versammlung der Elternbeiräte für Schulen des Rheingauers findet am Sonntag, 12. September, mittags 1½ Uhr im Saale des Herrn Nikolai, Mittelheim, Hauptstraße Nr. 9 statt. Das lückenlose Elternbeiratsgesetz macht eine gegenseitige Aussprache über die bereits gemachten Erfahrungen und Erfolge an den einzelnen Schulen der Gemeinden und Städten notwendig. Herr Stadtschulrat Maas, Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz, wird daselbst einen Vortrag halten über: „Die Aufgaben der Elternbeiräte auf dem Lande“. Möge ein zahlreicher Besuch hauptsächlich auch von Seiten der Lehrerschaft das Bestreben bekunden, einen engeren Zusammenschluß von Schule und Haus zum Besten unserer Jugend herbeizuführen.

Elville, 7. Sept. Vergangene Woche wurde bei Herrn Georg Schwab dahier ein Einbruch verübt, und ihm aus seinem verschlossenen Schreibsekretär die Summe von ca. 6200 Mk. gestohlen. Der raffinierte Dieb muß mit dem Wesen der Häuslichkeit vertraut gewesen sein, denn er wählte die Zeit, in welcher Herr Schwab von Hause weg und Frau Schwab im Laden stark beschäftigt war. Der Sekretär wurde mit einem starken Gegenstand, Schraubenzieher oder dergl. erbrochen. Von dem Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur. Der Bestohlene hat auf die Wiedererlangung des Geldes eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Schierstein, 8. Sept. Geländet wurde gestern vormittag aus dem Hafen eine männliche Leiche, die als die des Kaufmanns Friedrich Weigold aus Mainz festgestellt wurde. Der am 2. Oktober 1850 in Auerbach geborene also 70jährige Mann, stattete am Sonntag einen Besuch in Elville ab und war des Abends auf dem Rückweg den Rhein entlang, den er zu Fuß zurücklegen wollte, getroffen. Man nimmt an, daß er bei der Dunkelheit vom Fußweg abgelenkt und in den Hafen gestürzt ist.

Wiesbaden, 6. Sept. Der Vorsteher der inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses Prof. Dr. Wilhelm Benntaud hat sich erschossen. Er war wohl der berühmteste Diagnostiker und der bekannteste Arzt der Stadt. Die Tat erregt Aufsehen. Ueber die Beweggründe wird nur bekannt, daß er in letzter Zeit, trotz eines gewaltigen Einkommens Angst vor finanziellen Schwierigkeiten hatte. Seine Villa, das modernste Landhaus Wiesbadens und eine Sehenswürdigkeit in seiner inneren Ausstattung, hatte er bereits vor einiger Zeit an Herrn Henckels-Solingen verkauft.

Bingen, 6. Sept. Auf der Straße Alzei—Bingen ist gestern nachmittags 1.43 Uhr der Personenzug 1835 bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Spremlingen infolge falscher Weichenstellung entgleist. Die Maschine wühlte sich tief in den Boden ein, der Packwagen und der erste Personenwagen (4. Klasse) kamen quer über das Gleis zu liegen. Tote sind nicht zu beklagen. Eine Frau erlitt einen Armbruch, ferner sind einige leichtere Verletzungen zu verzeichnen. Der Verkehr auf der Streck Worms—Alzei—Bingen war bis in die Abendstunden gesperrt bis dahin wurde ein Umsteigerverkehr aufrecht erhalten.

Große Hunde-Schau in Mainz, veranstaltet vom Verein der Hundefreunde von Mainz und Umgegend E. B. Nachdem das vom Verein errichtete Mainzer Tierheim nebst Zwingeranlagen, in welchem Hunde aller Rassen mit und ohne Verpflegung vorübergehend oder dauernd untergebracht werden können, nunmehr fertiggestellt ist, hat der Verein beschlossen, am Sonntag den 26. September ds. Js. in den Räumen des Stadt. Schlacht- und Viehhofes in Mainz eine Posten-Schau für Hunde aller Rassen unter Kartellregeln zu veranstalten. Das Standgeld beträgt Mk. 6.50; gerichtet wird nach Alters- und Jugendklasse. Bekannte Richter sind gewonnen, hohe Ehren- bzw. Geldpreise bereits bewilligt. Die Meldebogen und Programms sind fertiggestellt und können solche kostenlos bei der Geschäftsstelle: J. A. Baumann, Stadt. Knaben-Weissenhaus (Tel. 2990) angefordert werden. Als spätester Meldetermin ist der 20. September festgesetzt, welcher unbedingt eingehalten werden muß. An die Schau wird sich nachmittags eine Posten- und Schutzhunde-Vorführung angliedern und kann der Besuch bei mäßigem Eintrittsgeld nur empfohlen werden.

Aus Stadt und Land.

Er mordung eines Landjägers durch den Dortmunder Sicherheitswachmeister Frankenberg. Dieser wurde in der Seehöfer Feldmark, nahe dem Bahnhof Zeltow, von dem Landjäger Gehler überrascht, als er im Verein mit seinem Vater und seinem jüngeren Bruder auf Kartoffeldiebstahl ausgegangen war. Frankenberg schreie den Beamten nieder und töte ihn dann vollends durch mehrere Kopfschüsse. Der Vater, sowie sein Vater, ein Portier aus Berlin, und der Bruder wurden verhaftet.

Eröffnung der Breslauer Herbstmesse. Dienstag wurde die vierte Breslauer Herbstmesse, die sich insbesondere als eine Textilmesse darstellt, dem Besucher übergeben. Die schließliche Leinen- und Webwarenindustrie ist in imposanter Größe als Ausstellerin erschienen. Auch die Kisten für Möbel und Innenanfertigung, Tragen und Chemikalien sind reich besetzt. Die Zahl der Aussteller hat sich auf 1020 erhöht, was gegenüber den vorigen Messen ein bedeutendes zahlenmäßiges Plus ergibt.

Opfer der Vergaserei. Am 2. September wurde, wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, einer von

den vier Münchener Touristen, die seit dem 24. August von einem bei schlechtem Wetter unternommenen Aufstieg zum Grünen Steig in der Miesinger Gruppe nicht mehr zurückgekehrt sind, in sitzender Stellung erfroren aufgefunden. Das schlechte Wetter macht gegenwärtig die Suche nach den übrigen Touristen unmöglich.

Brandunglück. Auf dem Rangierbahnhof der Staatsbahn in Drauer brach ein großer Brand aus der eine Verfrachte sowie 20 Personenwagen einscherte. Der Schaden beträgt mehr als 40 Millionen.

Millionenunterschlagungen. Der Kassierer der ungarischen Allgemeinen Kreditbank in Budapest, Stefan Dobay, der vor einiger Zeit sein 25jähriges Jubiläum bei der Bank feierte, und der Bankbeamte Bela Balassa wurden wegen Millionenunterschlagungen verhaftet. Die beiden hatten u. a. 105 000 Dollar und 200 000 Mark defraudiert und an der Börse verspielt.

Vier Kinder durch ein abstürzendes Flugzeug getötet. Wie aus Paris gemeldet wird, stürzte ein Militärflugzeug über Montrouge auf den Hof eines Kinderheims ab, in dem gerade eine Anzahl Kinder spazieren gingen. Vier Kinder wurden getötet, ein fünftes schwer verletzt.

Sturm an der Ostsee. Der gewaltige Nordweststurm, der in den letzten Tagen an der Ostsee wütete, hat Menschenopfer gefordert. Sechs Männer, die von Königsberg auf einem Segelkutter nach Pillau fuhren und von dort die Rückkehr nach Königsberg antraten, kenterten mit ihrem Kutter auf der halben Strecke. Nach längerem Suchen fand man am Strand Reste des Segelbootes. Die Insassen sind in den Wellen umgekommen. — In der Bucht der Ostsee strandeten zwei deutsche Dampfer. Ein Moskauer Dampfer, der aus Schweden zurückkehrte, und ein Bremer Dampfer, der nach Dänemark unterwegs war, strandeten bei Beland. Die Bergungsarbeiten haben begonnen.

Strandung eines französischen Dampfers. Der französische Dampfer „Camorannes“ mit 700 Soldaten und 6000 Tonnen Ladung an Bord ist auf der Höhe des Leuchtturms Horskburg gescheitert. Man ist jetzt dabei, die Soldaten und die Ladung auf den französischen Dampfer „General Gallieni“ hinüber zu schaffen. — Wie „Petit Journal“ meldet, ist es gelungen, die 700 Soldaten und den größten Teil der Ladung des gescheiterten Dampfers „Camorannes“, des früheren deutschen Dampfers „Altenburg“, zu retten.

Polnischer Menschenraub. Anfang Juli begab sich die Welscher Tochter Marie Schendel aus Barnowen nach Soldau zurück, wo sie in einem Geschäft tätig gewesen war. Am 10. Juli erhielten ihre Angehörigen aus Lautenburg ein Telegramm, aus dem hervorging, daß das Mädchen von den Polen nach Lautenburg geschleppt worden war. In Aussicht gestellt wurde ihre Freilassung, sofern die Familie sich zur Zahlung eines Lösegeldes von 3000 M. bereit erkläre. Den Angehörigen gelang es, diese Summe zusammenzubringen. Am 13. Juli fuhr die Mutter des Mädchens nach Soldau um ihre Tochter zu ermitteln und mit Hilfe des Lösegeldes zu befreien. Sie wurde jedoch ebenfalls festgenommen. Ein Versuch zur Befreiung der beiden Frauen konnte nicht mehr gut unternommen werden, da der russische Vornach der polnischen Gewaltherrschaft ein Ziel setzte. Als die Russen einzogen, hatten die Polen bereits ihre Gefangenen abtransportiert. Seither fehlt von Marie Schendel und ihrer Mutter jede Spur.

Hungerkatastrophe in China. „Politiken“ meldet über London aus Peking: Nachrichten aus Schantung und Südhchina zufolge ist dort die Lebensmittelsituation in eine furchtbare Katastrophe ausgeartet. 20 Millionen Menschen sind vom Hungertode bedroht, Tausende sind bereits gestorben und ganze Familien begeben aus Hunger Selbstmord. Eltern verkaufen ihre Töchter für wenige Dollars, um nicht verhungern zu müssen. Man erwartet für den Winter das Ausbrechen einer Hungersnot, wie sie China seit 40 Jahren nicht mehr erlebt hat.

Seemanns- und Dampfer „Grüß Gott“ des Norddeutschen Lloyd, der den Verkehr zwischen Swinemünde und Danzig vermittelt, traf infolge des furchtbaren Sturmes mit 18 Stunden Verspätung ein. Auf der Höhe von Rixhöft (Halbinsel Hela) wurde von „Grüß Gott“ der Untergang eines mit Holz beladenen im Schlepptau befindlichen Rahmes beobachtet, wobei zwei Mann der Besatzung ertranken. Auch von dem Schlepper wurden zwei Mann von den Wellen weggespült.

Ueberfall auf einen Bankdirektor in Memel. Der in Memel wohnende Bankdirektor der Litauischen Bank, Johann Karzaukas, wurde in seiner im Bankgebäude belegenen Wohnung, in der er sich allein befand, überfallen und beraubt. Zwei maskierte Räuber knieten ihn und beraubten ihn seiner Barchast in Höhe von 10 000 Mark. Sie erbrachen darauf den Geldschrank und stahlen aus diesem eine größere Geldsumme in Tausendmarkscheinen, Katharinen-Rubeln und Zehndollarnoten. Die Täter sind dann unerkannt entkommen.

Jugend von heute. In einem Erlass der Schulaufsichtsbehörde an die Direktoren der höheren Lehranstalten in Schöneberg werden die Lehrer darauf aufmerksam gemacht, daß in einem Schöneberger Gymnasium die Schüler der obersten Klassen fast ausschließlich Schiebergeschäfte betreiben, und daß von der Sekunda an nahezu jeder Schüler sein „Berkantnis“ habe!

Die „Vollender van het Land van Vastenburg“ feiern ihre Auferstehung. Vor anderthalb hundert Jahren haben sie das deutsch-holländisch-belgische Grenzgebiet als geheime Räuber unsicher gemacht. Jetzt sind sie in moderner Aufmachung wieder da. Das Räuberbandenunwesen an der holländischen Grenze nimmt einen bedrückenden Charakter an. In den letzten Tagen hatte eine Räuberbande, mit Karabinern und Revolvern ausgerüstet, nachdem sie sich in belgische Soldatenuniform gekleidet, bei Besch einer Schmugglergesellschaft von etwa 100 Personen überfallen und durch fortgesetztes Schießen die gesamten Waren abgenommen. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen, darunter ein Kölner Händler Johann Donner, der einen Schuß durch die rechte Brustseite erhielt. — Die Räuberbande erscheint auch in Stahthelmen und macht die ganze deutsch-holländische Grenze unsicher. Die Grenzabhöfe werden sehr scharfen Kontrollen unterzogen. Die Zahl der in den letzten Tagen verhafteten Personen ist sehr groß.

Ehrung deutscher Schiffe in Teneriffa. Nach einer Meldung aus Teneriffa, dem Haupthafen auf der

größten spanisch-kanarischen Insel, hat die dortige Bevölkerung die Ankunft der ersten deutschen Dampfer nach dem Kriege mit großer Freude aufgenommen. Es lagen gleichzeitig die Dampfer „Gronsbagen“ von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und Ballas von der Boermann-Lyrie Hamburg im Hafen. Zu Ehren der Anwesenheit dieser beiden deutschen Schiffe ließ die Stadtverwaltung ein öffentliches Promenadenkonzert veranstalten. Man erwartet, daß diesen ersten deutschen Dampfern bald weitere regelmäßig folgen werden.

Hilfsaktion der amerikanischen Bäcker für Deutschland. Vor vier Monaten wandte sich der New-Yorker Staatsverband der nordamerikanischen Bäckermeister, der zu etwa 90 Prozent aus Deutsch-Amerikanern besteht, an die deutschen Bäckergesellschaften und nahm mit ihnen Verhandlungen über ein großes Kreditabkommen auf. Die amerikanischen Bäcker erklärten sich bereit, zweimal monatlich je 800 Waggons feinstes amerikanisches Weizenmehl nach Deutschland zu liefern und den deutschen Bäckermeistern einen Kredit von zwei Monaten — gerechnet vom Tage der Ankunft in Hamburg — einzuräumen. Der Preis für das Mehl wurde auf 2,95 bis 3 Mark für das Pfund festgesetzt. Die deutschen Bäcker wollten das Mehl angeblich zum Preise von 3,20 Mark frei im Laden verkaufen oder zu Kuchen, Weißbrot und Brötchen verarbeiten. — Vom deutschen Ernährungsminister wurde jedoch mitgeteilt, daß vorderhand nicht beabsichtigt sei, die Einfuhr von Auslandsmehl freizugeben. Die Bäcker hoffen nach wie vor, daß die Regierung trotz der Salutabedenken das angebotene amerikanische Mehl zulassen werde.

Kleine Nachrichten.

* Von jetzt an können nach Italien außer Postpaketen auch Postfrachtpakete, d. h. Pakete von mehr als 5-20 Kilo, und zwar mit und ohne Wertangabe, zur Beförderung angenommen werden.

* Die 19. Vertreterversammlung des Ausschäferbundes der deutschen Landesjägerverbände, die am 4. und 5. September auf dem Ausschäfer zusammengetreten war, verlangt von der Reichsregierung für die rund 200 000 Altveteranen für 1920 eine Erhöhung von 300 Mark.

* In Berlin erschoss sich in der Bellevuestraße 21-23 der 27jährige Student Sport aus Rostock.

* Der aus Bremen stammende Verkehrsdirektor Boigt kürzte am Sonntag in Mannheim. Er ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 9. Sept. Wie der Arbeitsminister Dr. Braun am Mittwoch im volkswirtschaftlichen Ausschuß mitteilte, wird dem Reichstage bald nach seinem Zusammentritt eine Verordnung unterbreitet werden, die für die Stilllegung von Betrieben Meldepflicht vorschreibt und in besonderen Fällen die Beschlagnahme von Rohstoffen und Maschinen der stillgelegten Betriebe vorsieht. Ebenso wird dem Reichstag ein neues Gesetz über die Arbeitslosenversicherung zugehen. Die Zahl der Arbeitslosen war auf 421 000 gestiegen. Von dieser sich täglich vergrößernden Zahl entfallen 46% allein auf Berlin.

TU Berlin, 9. Sept. Wie der „Vossischen Zeitung“ von den Krupp-Gruson-Werken in Magdeburg mitgeteilt wird, ist es dort gelungen, ein Verfahren zu erfinden, nach dem die in der Asche enthaltenen Brennstoffe wieder verwendet werden können. Der Kohlenverbrauch Deutschlands ergibt eine Menge von 5 Millionen Tonnen unverbrauchter Brennstoffe in den Aschen, aus denen etwa eine Million Tonnen Kohle (gleich 100 000 Eisenbahnwagenladungen) wieder gewonnen werden kann.

TU Berlin, 9. Sept. Einem Telegramm des „Lokal-Anzeiger“ aus Rotterdam zufolge, erfährt die „Daily Mail“, daß die Sinnseiner für den 25. September, dem Tage, an dem in England der Bergarbeiterstreik beginnen soll, einen Aufstand vorbereiten, wobei sie ihre Mannschaften verwenden wollen. Die Armee der irischen Republik soll sehr groß sein und nach dem Muster der englischen Armee in Divisionen, Brigaden, Regimenter, Bataillone und Kompagnien eingeteilt sein.

TU Landsberg, 9. Sept. Im Ober- und Warthebruch ist infolge des Hochwassers die Ernte völlig verloren, der Schaden ist sehr groß.

TU Lugano, 9. Sept. Eine Delegiertenversammlung der italienischen Industriellen beschloß gestern in Mailand, die Verhandlungen mit den Arbeitern erst dann wieder aufzunehmen, wenn diese zur Disziplin zurückgekehrt sind. Die Arbeiterführer erklärten die Forderungen als eine undiskutierbare Zumutung. In Mailand versammelte sich heute die sozialistische Kammergruppe. Die Leitung der englischen Gewerkschaften ersuchte die italienische Gewerkschaftsleitung um Mitteilung über Ursprung und Charakter der Bewegung und versichert die italienischen Gewerkschaften ihrer Solidarität.

Großes Erdbebenunglück in Italien.

TU Basel, 8. Sept. Der „Corriere della Sera“ berichtet, daß die Erdbebenkatastrophe, die Lissana und das Küstengebiet heimsuchte, sich als außerordentlich schwer herausgestellt habe. Unter den Trümmern liegen hunderte von Opfern, deren Bergung größte Schwierigkeiten verursacht. Eine umfangreiche Hilfsaktion wurde eingeleitet. Der König sandte sofort eine größere Summe als erste Gabe für die Hilfsbedürftigen. — Nach dem „Secolo“ sind im tararischen Marmorgelbiet 5 Arbeiterdörfer verschüttet worden. 20 Tote und einige hundert Verletzte wurden bisher geborgen. Eine amtliche Kommission ist nach der Erdbebenzone abgegangen, ebenfalls Truppen, welche bei der Bergung der Verunglückten helfen. Man beziffert die Zahl der Toten auf über 100, die der Verwundeten auf 5 bis 600.

* **Lugano, 9. Sept.** Der Mittelpunkt des Erdbebens in Oberitalien liegt im Apennin in der Provinz Massa Carrara. Die großen Dörfer, Villa, Collanadiva, Fivizzano und andere sind gänzlich zerstört. Die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten ist verhältnismäßig gering, weil die Bevölkerung durch andere Stöße, gewarnt, zumeist im Freien schlief. Sie bezieht sich auf mehrere Hundert.

Bekanntmachung.

Nach Anhörung des Herbstauschusses bestimme ich auf Grund der Herbstordnung für den Rheingaukreis vom 6. Januar 1915 folgendes:

Die Weinbergsgemarkung Geisenheim ist von Samstag den 11. Sept. d. J., abends 8 Uhr ab, endgültig geschlossen.

Während des Weinbergsschlusses ist an jedem Montag und Donnerstag der Woche Feldertag. An den Feldertagen sind die Weinberge nicht dem allgemeinen Verkehr geöffnet; es ist das Betreten nur denjenigen Personen gestattet, die Felder zu bestellen und abzuräumen haben.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Herbstordnung bezw. gegen vorstehende Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder entsprechender Haft bestraft, soweit nicht auf Grund anderer Bestimmungen härtere Strafen verurteilt sind.

Geisenheim, den 6. September 1920.

Der Bürgermeister.

J. B.: Buchholz, Beigeordneter.

Bekanntmachung

Nachstehende Bestimmungen der Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 14. Februar 1920 wird hierdurch in Erinnerung gebracht:

„Zur Nachtzeit soll das Feld allenthalben geschlossen sein und zwar vom 1. September bis Ende Oktober von abends 8 bis morgens 4 Uhr.“

Wer in dieser Zeit außerhalb der öffentlichen Straßen und Feldwege auf einem offenen Grundstück sich aufhält, ohne daß dazu von der Ortspolizeibehörde eine Ausnahme ausdrücklich gestattet ist, wird mit Geldstrafe bis zu 10 Mk. im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Geisenheim, den 7. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.

J. B.: Buchholz, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Freitag den 10. und Samstag den 11. d. Mts., vormittags von 7½—11 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Uhr werden an der Eisenbahnstation

Frühkartoffeln

ausgegeben.

Die Bezugsscheine hierzu werden an beiden Tagen für die Nummern 1—700 am Freitag von 7—11 Uhr und 701—1034 am Samstag von 7—10 Uhr ausgeben. Auf die Person entfallen 15 Pfund, zu 35 Pfg. das Pfund.

Freitag den 10. d. Mts., nachm. von 2—5 Uhr, kommt im Wirtschaftsamt

Corned-Beef und Roastbeef

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 170 Gramm zum Preise von 4.60 Mk.

Geisenheim, den 9. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Freitag den 10. d. Mts., vormittags 11 Uhr, kommt der Ertrag von den

Kastanien- und Nußbäumen

auf der hohen Haide und an den Dreizehn auf dem Rathaus zur Versteigerung.

Geisenheim, den 7. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 3. 9. 1920 wird in Gemäßheit des § 34 des Grunderwerbsteuergesetzes wegen Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer das Nachstehende festgesetzt:

Zu der auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. September 1919 (R. G. Bl. S. 1617) zur Erhebung gelangenden Grunderwerbsteuer wird für Rechnung der Stadtgemeinde Geisenheim ein Zuschlag von ½ v. H. des nach § 11 bis 14 des Reichsgesetzes der Besteuerung zugrunde gelegten Wertes der Grundstücke soweit diese im Gemeindebezirk Geisenheim liegen, erhoben.

Die Erhebung der Zuschläge erfolgt rückwirkend vom 1. Oktober 1919 ab für alle seit diesem Tage eingetretenen Grunderwerbsteuerpflichtigen Rechtsgänge. Die Umsatzsteuerordnung vom 11. September 1906 ist mit Wirkung vom gleichen Tage ab außer Kraft getreten.

Geisenheim, den 9. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß an Grunderwerbsteuer rückwirkend vom 1. Oktober 1919 an vom Reich 4%, vom Staat 1%, vom Kreis ½%, und von der Gemeinde ½%, insgesamt 6% des steuerbaren Grundstückswertes erhoben werden.

Geisenheim, den 9. September 1920.

Der Magistrat.

Drucksachen

liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Herzlichen Dank

sagen wir allen denen, die aus Anlaß unserer Silbernen Hochzeit unserer in so wohlthuender und ehrender Weise gedachten.

Nikolaus Fröhlich u. Frau
Magdalena geb. Schneider.

Geisenheim, den 8. September 1920.

Geschäfts-Empfehlung!

Ich übernehme die Leitung von **Weinversteigerungen, Mobiliar-Auktionen, Einziehung von Forderungen an allen Plätzen, Bearbeitung von Prozeßsachen, Erbauseinanderetzungen, Teilungen, Anfertigung von Verträgen aller Art**

Sprechstunden täglich von 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachm.

J. Heinz :: Rüdesheim

Auktionator und Rechtskonsulent

Friedrichstr. 14 ————— Telefon 187.

Neu erschienen!

Der Rheingau
in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander, Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende

täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.

Sonntags von 9—12 Uhr.

Behandlung von Mitgliedern der Allgem.

Ortskrankenkasse Rüdesheim,

Maschinenfabrik Johannsburg, Deutschnat. Kranken-

und Begräbniskasse Hamburg (Zweigstelle Eltville.)

:: Elegante Herren ::

decken ihren Bedarf in meinem Spezialhause in dem Gewähr geboten ist für sachmännische, reelle und preiswerte Bedienung

Täglich Eingang von Neuheiten

Spezialität: Lodenmäntel und Capes
für Herren und Damen

Elegante Maßanfertigung
Meterweiser Stoffverkauf.

Bruno Wandt, WIESBADEN
Kirchgasse 56.

Den geehrten Bewohnern von Geisenheim und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause

Römerberg 4

eine **Obsthandlung** betreibe.

Ich sichere meiner Kundschaft die Preise zu, die ihr in Wirklichkeit gehört.

Ich bitte daher ergebenst, jedes Quantum Obst bei mir anzuliefern.

Geisenheim, 3. Sept. 1920.

Hch. Kilian III.

Obsthandlung.

Intelligentes, gewektes

Fräulein

zur Erledigung kaufmännischer Arbeiten, insbesondere Telefonbedienung, von Fabrik im Rheingau gesucht. Angebote unter Nr. 987 befördert die Geschäftsstelle.

Junge oder Mädchen
für Botengänge
sofort gesucht.

Kaolinwerke.

Für gebildeten, 18jährigen jungen Mann, Eleve der Gartenbauschule

Geisenheim

wird dortselbst zum 15. März 1921 in guter Familie

Dauerpension

gesucht. Reichliches, kräftiges Essen und Familienanschluß ist Bedingung und wird gerne ein dementsprechender Pensionspreis bezahlt. Gest. Angebote erbeten u. E 5511 an Ann.-Exped. D. Frenz, G. m. b. H., Wiesbaden.

Tomaten

zum Einmachen
per Pfd. 60 Pfg.

Schöne Eß- und Koch-Aepfel

per Pfd. 80 Pfg.

empfehlen

Frau B. Rothhaupt.

Wir empfehlen:

Ia. Nähr-Keks

Kasseler Hafer-Kakao

Kutikes Kindermehl

Grün kern mehl

Quäker Oats

Maizena

Leberpasteten.

Geschw. Gietz

Bindenplatz 2, Telefon 208.

Rübsamen

zu verkaufen bei

Franz Rückert

Winklerlandstr. 47.

Lippmanns Keimtod
beste Stalldesinfektion
empfehlen

Frau P. J. Klein Wwe.
Steinheimerstrasse 5.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Süsser
Apfelmof
per Schoppen Mk. 2.—
„Weisses Ross“.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.

Heute Donnerstag Abend

präzis 8 Uhr:

Vorstands- u. Turnausch

Sigung

in der Turnhalle.

Der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannsburg.

Sonntag, 12. Sept., 11½ Uhr:

Abfahrt nach Dettich-Winkel

und Spaziergang nach

Salzgarten; dortselbst

Gründung einer Ortsgruppe.

Um zahlreiche Beteiligung

bittet Der Vorstand.

Gesangverein
Lieder-
kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Um pünktliches und voll-

zähliges Erscheinen bittet

Der Dirigent.

Rath-Kirchenchor
Geisenheim a. Rh.

Freitag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde

Stimmbegabte Herren, welche

dem Chor beizutreten wünschen

mögen sich zu den Gesangs-

proben im Rath. Vereinshaus

einfinden.

Der Vorstand.

Empfehle
neben

Obst und Gemüse

holl. Süßrahmbutter,

Süßrahm-Tafel-Margarine

Holländer und Edamer Käse

Hand-Käse, Lauchbücklinge

Eier.

Nehme auch jedes Quantum

Tafel- u. Winter-Obst

an.

Frau B. Rothhaupt

Marktstraße.

Eingetroffen:

4 Meter lange

Pflöcke,

Baumstüben,

Wasserpflöcke,

Bretter u. Latten.

E. Dillmann.